

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Erwin Rüdell (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

### S-Bahnverbindung (S 13) von Köln in den Kreis Neuwied

Die **Kleine Anfrage** 177 vom 10. September 2001 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung die Planung einer S-Bahnverbindung von Köln über den Flughafen Köln/Bonn und Oberkassel bis nach Linz/Rhein bekannt?
2. Ist der Landesregierung bekannt, ob es schriftliche Zusagen gibt, dass diese S-Bahn auch rheinland-pfälzische Haltepunkte anfährt?
3. Wie ist der derzeitige Planungsstand der S 13?
4. Wann rechnet die Landesregierung mit dem Bau der S 13?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, damit die S 13 auch rheinland-pfälzische Haltepunkte anfährt?
6. Ist die Landesregierung bereit, sich gegebenenfalls finanziell an der Weiterführung der S 13 in Rheinland-Pfalz zu beteiligen?
7. Welche Chancen räumt die Landesregierung der S 13 ein, über Neuwied bis Koblenz geführt zu werden?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. September 2001 wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 4:

Der Landesregierung sind Planungen in Nordrhein-Westfalen bekannt, vom Flughafen Köln/Bonn bis Bonn-Oberkassel auf gesonderten Gleisen einen S-Bahn-Betrieb einzurichten. Dieser soll im Dezember 2007 aufgenommen werden.

Nach Auskunft des nordrhein-westfälischen Verkehrsverbundes Rhein-Sieg werden gegenwärtig keine Planungen angestellt, die eine Weiterführung dieser S-Bahn-Züge über Bonn-Oberkassel hinaus nach Rheinland-Pfalz vorsehen.

Zu Fragen 5 bis 7:

Zuständig für eine mögliche Verlängerung des in Nordrhein-Westfalen geplanten S-Bahnprojektes über Bonn-Oberkassel hinaus wären der SPNV-Zweckverband Rheinland-Pfalz Nord bzw. die von einer Verlängerung betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften; eine entsprechende Initiative liegt bislang jedoch nicht vor.

Im Übrigen wäre aus Sicht der Landesregierung für ein solches Projekt zunächst die Erstellung einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erforderlich.

Die Landesregierung ist grundsätzlich bereit, Bahnhofmaßnahmen im Zuge der rechtsrheinischen Bahnstrecke im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zu fördern.

Hans-Artur Bauckhage  
Staatsminister